

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) erwägt eine Verfassungsbeschwerde gegen die Streichung des Buß- und Bettags als gesetzlichem Feiertag. Kirchenpräsident Steinacker sagte am Mittwoch in Frankfurt, in einem kirchlichen Gutachten werde derzeit geprüft, ob die Streichung des kirchlichen Feiertags mit der hessischen Landesverfassung vereinbar sei. Er habe ohnehin den Eindruck, daß der Bußtag deshalb gestrichen worden sei, weil er die Gastronomie am wenigsten betreffe, sagte Steinacker und kündigte heftigen Widerstand gegen die mögliche Streichung eines zweiten kirchlichen Feiertags an.

Die EKHN wird der Synode vorschlagen, vom kommenden Jahr an in allen Einrichtungen und Ämtern 3,5 Prozent der Kosten einsparen. Zusammen mit einer Reduzierung der Zuweisungen und Mittel für Sozialstationen und Kindertagesstätten und einer Senkung der Personalkosten durch Wiederbesetzungssperren erhofft sie sich für 1996 Einsparungen von 30 und für das Jahr 1997 von 45 Millionen Mark. Gekürzt werden solle aber nicht nach dem „Rasenmäherprinzip“, sondern es müsse über die Prioritäten der kirchlichen Aufga-

ben nachgedacht und strukturelle Veränderungen herbeigeführt werden. Die Kirche habe auch Aufgaben übernommen, die mit dem ihr eigenen theologischen Grund nichts zu tun hätten. Die Finanzkrise sei eine willkommene Gelegenheit, über die Stärkung oder Aufgabe bisheriger kirchlicher Aufgaben und künftige Perspektiven nachzudenken. Schwerpunkte kirchlicher Arbeit sieht der Kirchenpräsident Steinacker in den vier Bereichen „Arbeit und Arbeitslosigkeit“, „Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“, „Familie“ und „Kirche und Medien“. Kritisch äußerte sich Steinacker zur politischen Diskussion um die Struktur der Familie; sie sei weitgehend von katholischen Modellen geprägt. Nach protestantischem Verständnis könnten Ehe und Familie jedoch nicht unbedingt aneinander gekoppelt werden. Auch wenn die Ehe weiterhin hochzuschätzen sei, dürften die nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht theologisch undefiniert bleiben. Bisher gebe es für diese Lebensgemeinschaften keinen anderen theologischen Begriff als „Sünde“, was unter gegenwärtigen Umständen nicht mehr angemessen sei. Ebenso offen und bewußt müsse theologisch von Scheidungen gesprochen werden.

Die Bundesregierung hält an der Entscheidung polnischen Staatspräsidenten Wałęsa zum Staatsakt aus Anlaß des Krieges vor fünfzig Jahren nach Berlin ein. Dies verlautete am Mittwoch im Kanzleramt. Es bleibe bei der Einmütigkeit zwischen dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, dem Bundespräsidenten sowie den Präsidentinnen der Bundesländer und des Bundesverfassungsgerichts getroffenen Festlegung. Daran am 8. Mai abends im Berliner Schauspielhaus Bundespräsident Herzog für die vier Siegermächte der französischen, britischen, amerikanischen und russischen Präsidenten Mitterrand, der amerikanische Vizepräsident Gore und der russische Präsident Tschernomyrdin. In der Bundesregierung wird es über den geplanten, aber noch nichtierten Besuch von Bundeskanzler Kohl in Polen hinaus das deutsch-polnische Verhältnis zu festigen. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Verheugen te von einer „blamablen deutsche“ an Polen gesprochen. „Polen“ ein historisches politisches und sches Recht erworben, bei den Gern in Berlin mit seinem Präsidenten treten zu sein“, sagte Verheugen. Bundesregierung hieß es, der K Eingeladenen und der Redner ha zu groß werden dürfen.

Hingegen ist es noch nicht entschieden, ob Bundeskanzler Kohl bei den Gern zum Abschluß des Krieges am in Moskau teilnehmen werde. Bisher der amerikanische Präsident Clinton Mitterrand dort zugesagt. In der Regierung hieß es, die Teilnahme Kohl nicht mit der Clintons verglichen, weil der amerikanische Präsident diese Zeit auch ein bilaterales Gipf mit dem russischen Präsidenten Jeltsin abredet habe. Nach Informationen hat Major für die Veranstaltung in noch nicht zugesagt. Dem Vernehm will Kohl erst deren Programm prüliege in Bonn noch nicht vor. Kohl nicht an einer militärisch geprägten Gedenkfeyer teilnehmen. Nach Auffä in der Bundesregierung sollte der S in Moskau über das Gedenken zum ende hinaus die künftige Zusammenarbeit in Europa fördern. Am 6. und 7. den in London ein Gottesdienst so Großveranstaltung statt, an der rand, Gore, Tschernomyrdin u Deutschland Herzog und Kohl teil. Am 8. Mai trifft sich dieser Kreistags zu Feierlichkeiten in Paris, am desselben Tages dann in Berlin.

Bundesarbeitsgericht spricht Scientology Kirchenstatus ab

KASSEL, 22. März (AP). Die Scientology Church ist nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts rechtlich keine Kirche, sondern ein Wirtschaftsunternehmen. Das Auftreten als Glaubensgemeinschaft sei nur ein Vorwand für das Verfolgen wirtschaftlicher Interessen, entschied das Gericht am Mittwoch in Kassel. Zur Begründung hieß es, es reiche nicht aus, sich selbst zur Religionsgemeinschaft zu erklären. Vielmehr müsse geistige Gehalt und äußeres Erscheinungsbild dem einer solchen Gemeinschaft entsprechen. Das sei bei der Scientology Church nicht der Fall. In Wirklichkeit betreibe diese ein Gewerbe. In dem Prozeß ging es um Gehaltsforderungen eines ehemaligen Mitarbeiters der Vereinigung. In dieser Angelegenheit seien in Deutschland die Arbeitsgerichte zuständig, entschied das Gericht. Es sprach den Scientology-Mitarbeitern auch das Recht zu, die Vereinigung auf Gehaltszahlung zu verklagen. Das Bundesarbeitsgericht wies das Argument der Vereinigung zurück, die von den Mitgliedern geleistete Tätigkeit sei eine Arbeitsleistung auf vereinsrechtlicher Grundlage. Die von

dem ehemaligen Mitarbeiter der Vereinigung angestregte Klage auf Lohnzahlung verwies das Gericht zurück an das Arbeitsgericht in Hamburg. (Aktenzeichen: Bundesarbeitsgericht 5 AZB 21/94)

Sächsische Abgeordnete erhalten mehr Geld

DRESDEN, 22. März. Die Abgeordneten des sächsischen Landtages werden rückwirkend zum 1. Januar mehr Geld erhalten. Gegen die Stimmen der Opposition von PDS und SPD beschloß der Landtag am Donnerstag in Dresden, die monatliche Grundentschädigung von 5350 auf 6592 Mark zu erhöhen. Zum 1. Oktober dieses Jahres wird der Betrag auf 6755 Mark steigen. Die steuerfreien Pauschalen wurden von 2800 Mark auf 3360 Mark erhöht. Die vom Landtagspräsidenten eingesetzte unabhängige Diäten-Kommission in Sachsen hatte vorgeschlagen, die Pauschalen künftig zu versteuern. Das lehnte die CDU-Mehrheit im Landtag ab. Mit den Stimmen der CDU wurde eine Änderung des Abgeordneten-Gesetzes beschlossen, derzufolge der Landtagspräsident künftig eine Diäten-Kommission nicht mehr einberufen muß, sondern es ihm freigestellt ist, ob er eine Kommission einsetzen will.

Je entspannter
die Anreise, desto
interessanter die

FAZ
23/3/95



Mieterprotest gegen Scientology (in Hamburg), Scientology-Makler Brase: „Ideelle Ziele“

Sekten

„Wie tausend Metastasen“

Die Scientology-Sekte gerät in Deutschland zunehmend in Schwierigkeiten: Die Immobilienspekulationen von Scientologen werfen weniger Geld ab, seriöse Banken geben kaum noch Kredite – die öffentlichen Proteste gegen rüde Methoden von Firmen, die von Sektenanhängern gesteuert werden, beginnen zu wirken.

Den jungen Mann schien der Himmel geschickt zu haben: Sternzeichen Waage, also flexibel und kreativ, Aszendent Jungfrau, Hinweis für eine sichere kaufmännische Hand, und im zweiten Haus, dem „Geldhaus“, sagt die Hamburger Hobby-Astrologin Eva Schnell, 53, „war alles voll“.

Einen besseren Kandidaten als diesen Geschäftsmann aus Berlin, so schien es der Scientology-Anhängerin Schnell, konnte sie ihren Freunden von

der Psycho-Sekte kaum zuführen: Der finanzkräftige Kaufmann und Finanzier Siegfried Heinrich Huber, 36, versprach, den Sektenjüngern mit einem dicken Kredit aus der Klemme zu helfen.

Bald schloß der Hamburger Scientologe und Immobilienmakler Götz Brase mit dem Berliner Kaufmann einen Darlehensvertrag über 1,7 Millionen Mark – mit ungewöhnlich hoher Zinsverpflichtung: 24 Prozent per annum.

Banken nehmen für einen vergleichbaren Kredit nur rund zehn Prozent. Doch von den Geldinstituten bekommt der stadtbekannte Sektenaktivist Brase schon seit fünf Jahren keinen Pfennig mehr.

Die Jünger des Scientology-Gründers L. Ron Hubbard brauchen dringend Kapital, woher und für welchen Preis auch immer. Denn die Geschäftsleute der Sekte haben sich mit fragwürdigen Transaktionen auf dem Immobilien-

Scientology

wäre gern Kirche, Religionsgemeinschaft oder Weltanschauungsverein. Kritiker halten die Organisation für einen florierenden Psycho-Konzern mit in Deutschland angeblich 30 000 und weltweit acht Millionen Anhängern.

In vielen Staaten, etwa den USA, Holland und Kanada, ist Scientology offiziell als Kirche akzeptiert, vor deutschen Gerichten streitet die Organisation seit Jahren vergeblich um den Status einer Religionsgemeinschaft; die Anerkennung brächte den Scientologen erhebliche Steuervergünstigungen. Das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesarbeitsgericht haben

deren Wirkung jedoch erst kürzlich als „weitgehend kommerzialisiert“ und „auf Gewinnerzielung gerichtet“ eingestuft. Geld spielt in der Tat eine zentrale Rolle bei Scientology. Allein die Anfängerkurse kosten bis zu 50 000 Mark, zusätzliche Spenden sind erwünscht. Seit Jahren besetzen deutsche Scientologen zunehmend Posten in der Wirtschaft, als Immobilienhändler, Unternehmensberater oder Managertrainer. Rund 2500 Firmen zahlen Lizenzgebühren von bis zu 15 Prozent ihres Umsatzes an das „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE).

Der Kommunistenhasser und Science-fiction-Autor Lafayette Ron Hubbard erichtete 1954 die erste Scientologen-

„Kirche“ in den USA. Hubbard, der 1986 im Alter von 74 Jahren starb, strebte eine Welt ohne Drogen und Verbrechen an – unter der Weltherrschaft von Scientology.

Zum Erhalt ihrer Macht fertigt die Organisation zahlreiche Dossiers über ihre Mitglieder an. Ein Spitzendienst („Office of Special Affairs“) kümmert sich um Aussteiger und Gegner. Kritiker werden als sexuell Perverse, chronische Bankrotteure oder korrupte Lügner diffamiert – gemäß Hubbards Anleitung: „Finden Sie genügend Drohmateriale gegen sie oder fabrizieren Sie es . . . Unerwartete Angriffe in den Rücken des Feindes funktionieren am besten.“

markt offenbar kräftig verkalkuliert: Ihre Gewinne sind spärlicher geworden, es mangelt an Geld, wacklige Finanzierungen drohen zu platzen.

Seit Mieterinitiativen und Mieterschutzvereine allerorten Scientologen im Immobiliengewerbe enttarnen und sogenannte Giftlisten verteilen, ist schon manch ein Millionen-Deal vereitelt worden: „Ein Haus mit Parolen an der Wand und Mieterprotesten vor der

Tür“, sagt ein Scientology-Insider. „ist fast nicht mehr verkäuflich.“

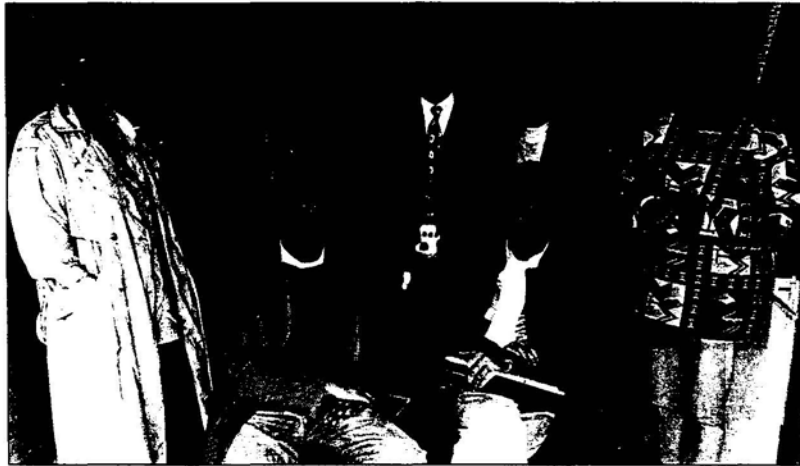
Die Immobiliengeschäfte gehören bislang zu den besten Einnahmequellen der Scientologen in Deutschland. Zentren sind Berlin und Hamburg, wo Sektenmitglieder nach Schätzung von Mietervereinen schon bis zu 50 Prozent jener Geschäfte abwickeln, bei denen Mietwohnungen in Eigentum umgewandelt und verkauft werden. Aber auch im

Stuttgarter und Düsseldorfer Raum sind, etwa unter Makler- und Bauunternehmen, schon Scientologen-Firmen aufgefallen.

Der Widerstand gegen Scientology-Makler wird jedoch stärker. Politiker fordern ein Verbot der Sekte, der Deutsche Industrie- und Handelstag warnt vor ihren Methoden. In Hamburg hat sich vergangene Woche gar eine einzigartige Allianz gebildet: Makler-, Mieter-

Absurder Handel

Wie zwei Hamburger Scientology-Anhänger beim Immobiliengeschäft tricksten



Scientology-Opfer Kocheim (r.): Bar-Scheck beim Notar

Ihre Traumwohnung fand die Angestellte Susanne Kocheim, 31, in einer Anzeige des *Hamburger Abendblatts*: „Sanierter Jugendstil, 73 Quadratmeter, im Generalsviertel von Hamburg“, lautete die Annonce. Der Preis: stolze 5000 Mark pro Quadratmeter.

Dafür lockte die Wohnung mit Originalfenstern aus dem Jahr 1908, Stuck und großem Balkon. „Da gab's kein Zögern – gesehen und genommen“, sagt die Hamburgerin. Das war im Oktober letzten Jahres.

In den Monaten zuvor hatte die junge Frau zwar Berichte über die ausgebufften Praktiken von Scientologen auf dem Immobilienmarkt gelesen. Der Firmenname ihres Maklers, „B.I.G. – Bramfelder Immobilien Gesellschaft mbH“, war ihr dabei aber nicht untergekommen. Sicherheitshalber fragte sie jedoch den

Makler Thomas Frigge und Stephan Michael Koenig, den Geschäftsführer der Immobilienfirma Tempus Fünfundvierzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, die als Verkäuferin auftrat, ob sie sich der Scientology-Sekte verbunden fühlten. Beide antworteten mit einem klaren Nein. Tatsächlich sind Frigge und Koenig jedoch als Scientologen stadtbekannt.

Mit der Apotheken-Angestellten zog im Januar eine bunte Truppe in das Haus in der Mansteinstraße, darunter ein Schauspieler und eine Grafikstudentin.

Den Kaufpreis für seine Wohnung hatte jeder, wie vereinbart, zuvor auf einem Konto bei einem Notar hinterlegt, die Beurkundung war bezahlt, ebenfalls die Courtage – noch im Büro des Notars hatte Kocheim Makler Frigge einen Bar-Scheck über 22 300 Mark überreicht.

Im Februar erlebten die Bewohner des Hauses jedoch eine böse

Überraschung: Die Firma Tempus hatte ihrerseits dem Vorbesitzer lediglich einen kleinen Teil des Kaufpreises für das Haus (6,4 Millionen Mark) bezahlt. Weil der Rest fällig blieb, platze der Deal.

Das Immobilienunternehmen hat seinen Kunden mitten Wohnungen in einem Haus verkauft, das ihm nicht gehörte: „Dieser Handel ist so absurd, wie wenn ich das Auto meines Nachbarn verkaufe, und der weiß nichts davon“, sagt Rechtsanwalt Ralf Burmester, den die Tempus-Kunden engagiert haben.

Eingetragener Eigentümer der Immobilie ist noch immer der Vorbesitzer, ein Privatmann. Aber auch der ist nicht Herr über das Haus, der Mann hat über fünf Millionen Mark Schulden. Weil er seine Tilgungsraten nicht mehr leisten konnte, ließ seine Bank das Haus unter Zwangsverwaltung stellen und beantragte eine Zwangsversteigerung.

Die Firma Tempus wird den Kaufpreis nun wohl kaum noch aufbringen, um damit die Versteigerung zu verhindern: Der Zwangsverwalter hat den Verkauf der noch unveräußerten Wohnungen gestoppt.

Möglicherweise sind jetzt die Vorausleistungen der neuen Hausbewohner perdu – pro Käufer bis zu 60 000 Mark für Courtage, Notar und Umzug. Die Kaufsummen immerhin liegen noch, einigermaßen sicher, auf dem Konto des Notars.

Schlimmstenfalls droht den Käufern nach der Zwangsversteigerung die Räumungsklage. Dann stünden die Leute auf der Straße. „Meine Mandanten“, sagt Anwalt Burmester, „haben den rechtlichen Status von Hausbesetzern.“

* Mit Rechtsanwalt Burmester (rechts sitzend) und anderen Wohnungskäufern.



Scientology-Chief Miscavige
Führung ausgewechselt

und Grundeigentümer-Verbände wollen zusammenarbeiten; sie fordern etwa Zeitungen auf, Anzeigen von Scientology-Firmen nicht mehr zu drucken.

Brechen die Gewinne in der Bundesrepublik weg, trifft das die Organisation auch international: **Bis zu einem Drittel des weltweit auf einige Milliarden Mark geschätzten Jahresumsatzes des Psycho-Konzerns** werde von Mitgliedern aus Deutschland und der Schweiz erwirtschaftet, behaupten hochrangige Aussteiger.

Jahrelang beherrschten die Scientologen, bekannt für rüde Methoden, vor al-

Kaum ein anderes Sektenzentrum scheffelte so viel Geld

lem den Hamburger Immobilienmarkt. Die Methode: Unverdächtige Finanziers, die nicht der Sekte angehören, erwerben reihenweise zumeist vermietete Mehrfamilienhäuser, die preisgünstig zu haben sind. Sodann werden die Mietgebäude in Eigentumswohnungen umgewandelt. Makler, die zum Sektenclan gehören, besorgen den Verkauf, nachdem sie zuvor oftmals die Mieter vertrieben haben. Leere Wohnungen lassen sich erheblich teurer losschlagen als vermietete – den Sektierern war mithin ein ordentlicher Gewinn sicher.

Nach einer anderen, ebenfalls gängigen Methode machen die Scientologen das Geschäft auch allein: Sie kaufen Häuser mit wenig Eigenkapital an, die Hauptsumme, so wird vertraglich festgehalten, solle erst später, zu einem fixen Datum, fällig werden. Innerhalb dieser Zeitspanne bemühen sich die Sektenmakler, mög-

lichst viele Wohnungen zu verkaufen. Aus dem Erlös wird der ursprüngliche Kaufbetrag beglichen – und ein satter Spekulationsgewinn gezogen.

Das Risiko bei solch gewagten Manövern tragen ahnungslose Käufer, die womöglich schon einige zehntausend Mark für Maklercourtage, Notargebühren und Umzug bezahlt haben, ohne letztlich Eigentümer der vier Wände zu werden.

Seit sich nun zunehmend Widerstand regt gegen die scientologischen Umwandler, gerät auch die Finanzierung der schnellen Häuser-Deals ins Stocken: Banken sind aus Sorge um ihre Reputation seltener bereit, die dubiosen Geschäfte der Seelenfänger mit Krediten zu unterstützen; die Hamburger Vereins- und Westbank etwa läßt Scientologen nicht einmal mehr ein Konto eröffnen (SPIEGEL 13/1995). Private Geldgeber kassieren horrende Zinsen.

Bei dem Berliner Kreditgeber Huber unterschrieb auch die Hamburger Firma Breitling & Partner einen Vertrag. Das Maklerbüro, gegründet von den einstigen Brase-Mitarbeitern Thomas Breitling, 29, und Achim Halb, 31, will sich von Huber 3,3 Millionen Mark leihen – zum Zinssatz von 15 Prozent.

Ob es zu den Millionentransfers an Breitling und Brase kommt, ist jedoch fraglich, denn Finanzier Huber zögert plötzlich, das Geld zur Verfügung zu stellen: Im Finanzdschubgel der Sekte trauen die Beteiligten sich offenbar gegenseitig nicht mehr über den Weg.

Bereits Anfang der achtziger Jahre hatte Scientology-Anhänger Brase, 38, in Hamburg mit dem Immobiliengeschäft begonnen. Zusammen mit diversen Firmen, bei denen er meist nicht öffentlich in Erscheinung trat, soll er allein in Hamburg mehrere hundert Häuser umgewandelt haben. „In Spitzenzeiten“, so ein Insider des Brase-Konzerns, „gingen hier die Woche Dutzende Wohnungen über den Tisch.“

Der in Dänemark aufgewachsene Brase, der mit seiner Firma am feinen Hamburger Mittelweg residiert, ist ein fanatischer Anhänger des Scientology-Unternehmens. In der Hierarchie des Psycho-Konzerns brachte er es zu höchsten Weihen, mittlerweile firmiert er als „Operierender Thetan“ der „Stufe VII“, wie es im Sektenjargon heißt. Ein-

geweihte halten ihn für ein „unsterbliches Wesen“ der gehobenen Klasse.

Persönlich gilt Brase als äußerst bescheiden, zum Wohl der selbsternannten Kirche erwirtschaftete er jedoch nach Insider-Informationen in den vergangenen Jahren mehrere Millionen Mark, die dem Sektenkonzern, meist als Spenden deklariert, zugeflossen sein sollen. Sein Name steht auf der Liste der sogenannten **Patrons**, jener Sektenmitglieder, die besonders eifrig spenden.

Seit Jahren wird die Hamburger Filiale (Scientology-Jargon für eine Niederlassung: „Org“) von der Zentrale in Clearwater/Florida auch dank Brases Geschäftstrieb immer wieder als „erfolgreichste Org auf dem Planeten“ ausgezeichnet: Kaum eine andere Mission der Sekte scheffelte so viel Geld.

Brase bestreitet die enorme Bedeutung seiner Geschäfte für den Konzern:



Ex-Missionsleiterin Hansen: Spirituelles Weiterkommen

„Ich lehne es ab, Scientology direkt mit Geld zu unterstützen.“ Lediglich „einzelne Projekte“ der Organisation will der Makler gefördert haben. Dabei freilich, räumt der Sektenanhänger ein, könne es „schon mal um größere Beträge gehen“. Solche „ideellen Ziele“, sagt Brase, müsse „sich ein erfolgreicher Geschäftsmann leisten können“.

Unterstützt wird der Makler von zwei Hamburger Geschäftsleuten, die heftig dementieren, etwas mit Scientology zu tun zu haben: dem wohlhabenden Immobilienhändler Robert Boehm, 65, und dem ebenfalls vermögenden Kommunikationstrainer und früheren Kommilitonen Brases, Fred Anton, 46.

Den beiden gehören Firmen wie MetaReal, MegaReal, TransWert oder EcoGrund. In Hamburg und Berlin treten sie als Käufer und Umwandler der Häuser auf, die Brase und mit ihm ver-



Scientology-Gegnerin Caberta: „Die Deutschen haben nichts mehr zu melden“

flochtene Unternehmen wie Reddy-Immobilien, GGB oder CKS vertreiben.

Häufig bemühen sich Sektenmakler, ihre Verbindungen zu dem Psycho-Konzern zu verschleiern. Selbst für kritische Wohnungsinteressenten und Mieter ist kaum noch zu erkennen, daß sie es mit Scientologen zu tun haben. Auf Anfrage leugnen die meisten Makler jedweden Zusammenhang.

Werden sie enttarnt, gründen die Sektenanhänger einfach neue Firmen. Auf diese Weise entstand in wenigen Jahren „ein Krebsgeschwür von scientology-nahen Immobilienfirmen, die wie tausend Metastasen den Umwandlungsmarkt befallen haben“, sagt Jurist Wilfried Lehmpfuhl vom Hamburger Mieterverein.

Jede zweite Altbau-Eigentumswohnung in Hamburg werde inzwischen von Scientologen verkauft. Seit Jahren beobachtet der Mieterverein, wie Bewohner solcher Miets Häuser mit ständigen Anrufen verängstigt und durch ungebetene Besuche belästigt werden. Sektenvertreter drängen sie zum Kauf oder zum Auszug.

Wer nicht kaufen kann oder will, wird beschwätzt, seine Wohnung gegen ein Handgeld von 10 000 bis 50 000 Mark zu räumen. Ist die Wohnung leer, steigt ihr Wert um bis zu 40 Prozent. Die Gewinnspannen auf diesem Markt sind immens.

Günstiger Wohnraum, vor allem für sozial schwächere Bürger, wird dabei systematisch vernichtet. Wenn die Mieter in der Wohnung bleiben, drohen ihnen drastische Mieterhöhungen.

Immer häufiger wehren sich Bewohner gegen diese Praktiken – besonders wenn Scientologen dahinterstecken. Nach heftigen

Protesten in Hamburg hatten Brase und Breitling ihre Verkäufer nach Berlin geschickt. Gut ausgerüstet mit teils neuen Firmennamen hofften Emissäre und Drahtzieher, in der Hauptstadt mit alten Tricks neu anfangen zu können.

Als jedoch die Scientologin und ehemalige Brase-Maklerin Kirsten Bringel in Neukölln auftauchte, um als Verkaufsleiterin einer Firma namens Phoenix in den dortigen Immobilienmarkt einzusteigen, gab es prompt Ärger.

Mit riesigen Transparenten zieht seit her die Mieterinitiative „Robin Hubbard – Neuköllner Bürger gegen Scientology“ gegen die Massenumwandlung zu Felde und warnt Kaufinteressenten bei Hausbesichtigungen vor den Sektenverbindungen der Makler.

Beinahe wöchentlich entdecken die Aktivisten weitere Häuser, deren Woh-



Brase-Gehilfin Bringel
Drahtzieher in der Hauptstadt

nungen in Scientology-Manier verhört werden: Bei 15 Objekten in Kreuzberg, Neukölln, Tiergarten und Schöneberg wurden die Verkäufer bereits als Sektenmitglieder erkannt.

Die schlechten Nachrichten aus Deutschland haben inzwischen die Konzernspitze in den USA alarmiert. Hubbard-Nachfolger David Miscavige, 35, ließ unlängst die Führung der Hamburger Zentrale auswechseln.

Er entsandte zwei seiner Vertrauten nach Hamburg: den Chef des Geheimdienstes „Office of Special Affairs“ (OSA), den Österreicher Kurt Weiland, und den Leiter des Wirtschaftsdachverbandes der Sekte, „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE), Marc Yager. Die beiden sollten, wie es intern heißt, „mal aufräumen“.

Die Herren sind inzwischen wieder abgereist. An der Spitze der Hamburger „Org“ steht jetzt der Amerikaner Mark Lizer aus dem Sektenhauptquartier in Florida. „Die Deutschen“, sagt Ursula Caberta, Scientology-Beauftragte des Hamburger Senats, „haben hier nichts mehr zu melden.“

Die frühere Leiterin Wiebke Hansen, 50, wurde abberufen und, wie Ex-Mitglieder der Sekte argwöhnen, in eine Art Straflager abgeschoben, das von der Sektenführung als Rehabilitationscamp bezeichnet wird. Offiziell heißt es, Hansen widme sich ihrem „persönlichen spirituellen Weiterkommen“.

Erinnerungen an die bis dahin hochverehrte Präsidentin der „Org“ wurden in Hamburg bereits ausgelöscht: Fotos von ihr, die früher das Sektenzentrum zierte, sind verschwunden, in Prospekten fehlt ihr Konterfei, ihr Zimmer wurde komplett ausgeräumt.

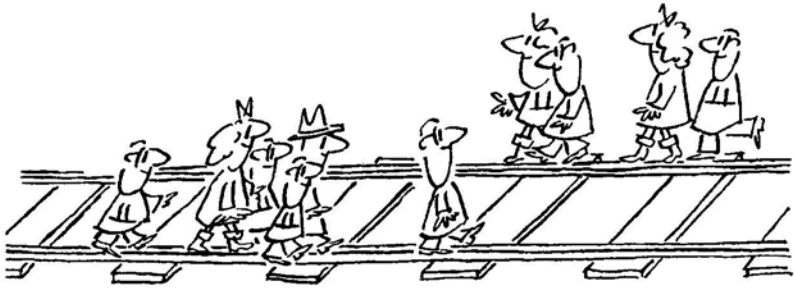
Hansen soll, so Scientology-Insider, Erfolgsbilanzen über Einnahmen und die Zahl der Mitglieder gefälscht haben. Sie habe offenbar Angst gehabt, der US-Führung den Abwärtstrend ihrer Mission zu melden. Die neue Hamburger Sektenführung bestreitet diese Version.

Tatsächlich aber zeigt die Aufklärung über den kommerziellen Psycho-Konzern nicht nur beim Immobiliengeschäft Wirkung. Weniger Bürger als früher lassen sich etwa auf der Straße ansprechen und als Mitglieder ködern.

Nach einem Gerichtsurteil, das die Stadt Hamburg erwirkt hat, muß die selbsternannte Kirche sich in Zukunft als gewerbetreibendes Unternehmen einstufen lassen – und als solches Steuern bezahlen sowie die Bilanzen der Einnahmen offenlegen, etwa für teure Psycho-Kurse.

Nach Jahren des Kampfes gegen die Sekte freut sich die Hamburger Scientology-Gegnerin Caberta nun über den Erfolg: „Es geht langsam, aber es geht bergab mit ihnen.“ □

11/5/93



WANSSELGER

Auf die Koalition mit der SPD angewiesen

Die Grünen wollen in Bremen wieder regieren / René Wagner

BREMEN, 10. Mai. Auch in Bremen haben sich die Grünen zu einer Großstadt-Partei entwickelt und werden von Gegnern nicht mehr als Müsli-Truppe verspottet. Zu diesem Image-Wandel hat die Beteiligung an der nach dreieinhalb Jahren auseinandergebrochenen Ampel-Koalition mit SPD und FDP beigetragen, in der Politiker von Bündnis 90/Die Grünen das Ressort für Umweltschutz und Stadtentwicklung sowie das für Kultur und Ausländerintegration geleitet hatten. Die Freien Demokraten erzwangen gemeinsam mit der CDU den Rücktritt des Umweltsenators Fücks, weil sein Ressort Vogelschutzgebiete bei der Europäischen Union angeordnet hatte, ohne den Senat zu informieren. Die Demission des grünen Politikers rief dazu bei, daß die recht eigenwilligen Flügel der Partei mehr als bisher zusammenstanden. Viele hoffen, daß die „Piepnatz-Affäre“ bei der Bürgerschaftswahl am kommenden Sonntag zu einer höheren Wahlbeteiligung der grünen Wählerschaft führt. 1991 hatten die Grünen mehr als elf Prozent der Stimmen erhalten und stellten in der Bürgerschaft elf der hundert Abgeordneten. Nun erhoffen sie sich ein ähnlich gutes Ergebnis wie bei der Europawahl im vergangenen Jahr, als sie 16 Prozent der Stimmen erhielten.

Die Grünen möchten wieder in der nächsten Regierung mitarbeiten, sind dabei aber auf die nach vielen Jahrzehnten ihrer Alleinregierung ausgezehrt SPD angewiesen. Bei der CDU sehen sie in diesem Bundesland keine Anknüpfungspunkte, weil die Bremer CDU nach ihrer Meinung keine Großstadt-Partei ist. Die von frustrierten SPD-Mitgliedern ins Leben gerufene Wählergemeinschaft „Arbeit für Bremen“ (AfB) kommt für die Grünen als potentieller Koalitionspartner ebenfalls nicht in Frage. Ist es doch ein wichtiges Ziel der AfB, eine rot-grüne Regierung zu verhindern. An die FDP verschwenden die Grünen nach den anhaltenden Auseinandersetzungen, besonders zwischen Fücks und Wirtschaftssenator Jäger (FDP), keine Gedanken. So wird es zu der angestrebten Zusammenarbeit mit der SPD wahrscheinlich kommen, wenn die FDP an

ren vielfältiger persönlicher Verflechtungen mit der Verwaltung und den Gewerkschaften keinen echten Reformwillen erkennen können.

Das Wahlprogramm der Grünen steht – wie bei den anderen Parteien – im Zeichen des Bremer Sanierungsprogramms. Sie fordern, daß das Land mehr Bonner Zuweisungen für die Schuldentilgung verwenden, aber auch mehr Geld für soziale und kulturelle Investitionen ausgeben solle. Beides verschärfe den Zwang zum Sparen; deswegen fordern die Grünen, Bremen und Bremerhaven sowie das Land sollten mehr Vermögen verkaufen, solange dadurch nicht wichtige politische Steuerungsinstrumente aus der Hand gegeben würden.

Bündnis 90/Die Grünen möchte mehr Parkplätze zu Fahrradstellplätzen umwidmen, das Schienennetz besser nutzen und Fahrten von Lastwagen auf innerstädtischen Straßen einschränken. Konzentrieren wollen sich Bremens Grüne darauf, die Wirtschaft des Landes zu „ökologisieren“. Wettbewerbsfähige Häfen an der Unterweser für Neubau und Reparatur seien Grundlage für die Entwicklung umweltfreundlicher Techniken im Schiffbau; gleichzeitig sollten die Werften durch Kooperation und durch neue Produkte weniger abhängig vom Schiffbau werden. Investitionen in Häfen sollten nach und nach auf Bremerhaven konzentriert, die alten Hafengebiete in Bremen für neue Dienstleistungen, Gewerbe und Wohnungsbau geöffnet werden.

Eine Verwaltungsreform wird nach Einschätzung der Grünen die Personalwirtschaft verändern; im Regelfall sollten Angestellte eingestellt werden und nicht Beamte. So würden die Staatskassen bei der Altersversorgung entlastet, der öffentliche Dienst könne beweglicher und bürgernah organisiert werden. Beförderungen und Bezahlung müßten leistungsorientierter werden; Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Gehaltsausgleich im höheren und gehobenen Dienst seien nötig. Dadurch eingesparte Stellen seien mindestens zur Hälfte neu zu besetzen.

Wider Scientology

F.A.Z. HAMBURG, 10. Mai. Bundesarbeitsminister Blüm hat zum entschlossenen Widerstand gegen die Scientology-Sekte aufgerufen. Zugleich lehnte er es aber ebenso wie Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger ab, die Organisation zu verbieten. „Das würde nur Märtyrer schaffen“, sagte er der Zeitung „Die Woche“. Blüm forderte Verfassungsschutz, Unternehmen und Schulen auf, eine Kette der Abwehr zu bilden: „Wir müssen alle Mittel einsetzen, die wir haben, um Scientologen zu enttarnen. Wir müssen ihnen die Stirn bieten. Wir dürfen keinen Schritt zurückweichen. Auch nicht, wenn sie drohen.“ Der „Riesenkrake Scientology“ sei im Begriff, Unternehmen zu unterwandern und Menschen zu manipulieren. Er strebe nach Macht, indem er seine Mitglieder zum Beispiel in Personalabteilungen einschleuse. Die FDP-Politikerin Leutheusser-Schnarrenberger sagte der „Woche“, sie halte Verbote „ebenso wie unkritische Toleranzen für gleichermaßen untaugliche Mittel, dieser Herausforderung wirksam zu begegnen“. Demgegenüber sprach sich Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor dafür aus, Polizei und Verfassungsschutz sollten Erkenntnisse sammeln und auswerten. „So bekäme der Bundesinnenminister noch in diesem Jahr ausreichend Material für das dringend notwendige Verbot von Scientology und ihrer Vereine.“

Das Bundesjugendministerium hatte im Frühsommer 1993 einen Bericht über die Sekte ausgearbeitet, der für die Veröffentlichung bestimmt war. Mit einer Fülle von verwaltungsgerichtlichen Klagen verhinderte es die Scientology Church seither, daß die Broschüre des Ministeriums verbreitet werden konnte. Wie es hieß, ist bisher keines der Verfahren, die beim Verwaltungsgericht in Köln und beim Oberverwaltungsgericht in Münster anhängig sind, abgeschlossen worden. Es sei derzeit unklar, ob und wann der Bericht veröffentlicht werden könne, hieß es im Jugendministerium in Bonn. FDP-Generalsekretär Westerwelle hatte unlängst eine Entscheidung der FDP-Führung bekanntgegeben, die Mitgliedschaft in der FDP sei nicht mit der in der Scientology Church vereinbar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung Frankfurter Zeitung

Gründungsherausgeber Erich Welter +

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Verantwortliche Redakteure: für Innenpolitik und Koordination: Dr. Friedrich Karl Fromme; für Außenpolitik: Werner Adam; für Nachrichten: Dieter Eckart; für „Zeitgeschehen“: „Die Gegenwart“: Klaus Natorp; für Deutschland und die Welt: Dr. Michael Fritzen; für Wirtschaftspolitik und Koordination: Dr. Hans D. Barbier; für Wirtschaftsberichterstattung: Dr. Klaus Peter Krause; für Unternehmen: Dr. Jürgen Dunsch; für Sport: Steffen Hallner; für Feuilleton: Dr. Wilfried Wiegand; für Literatur und literarisches Leben: Dr. Gustav Seibt; für Rhein-Main-Zeitung: Peter Lückemeier (Region), Dr. Günter Mick (Stadt).

Für regelmäßig erscheinende Beilagen und Sondersseiten: Beruf und Chance: Dr. Rainer Hank; Bilder und Zeiten: Karl Schmitz; Geisteswissenschaften: Henning Ritter; Immobilienmarkt: Jens Friedemann; Jugend schreibt: Dr. Kurt Reumann; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Natur und Wissenschaft: Dr. Rainer Flöhl; Reiseblatt: Theodor Geus; Technik und Motor:

Duitsers in de aanval tegen manipulaties Scientology

door Rob Sloot

BONN, dinsdag

Het als religieuze sekte vermomde internationale concern 'The Church of Scientology' krijgt het moeilijk in Duitsland. De weinig kieskeurige methoden waarmee deze miljardenonderneming mensen manipuleert en bedrijven ondergraaft, beginnen in de gaten te lopen.

Een Hamburgse bank weigert hen al kredieten en opent geen rekening meer voor aanhangers. En Scientology, in bijvoorbeeld Nederland nog als 'kerk' geregistreerd met de bijbehorende fiscale faciliteiten, is door Duitslands hoogste administratieve rechtbank inmiddels ontmaskerd als 'verregaand commercieel' en 'strevend naar winst'.

„Met grote bezorgdheid” ziet Elmar Halbach van de 'Deutsche Industrie- und Handelstag' (DIHT) hoe de octopus Scientology zijn tentakels uitstrekt naar het bedrijfsleven. „Scientology is een gevaar voor de Duitse economie”, meent hij. De DIHT, de federatie van de kamers van koophandel in Duitsland, publiceert binnenkort een brochure over 'georganiseerde criminaliteit' waarin ook over Scientology een boekje wordt opgedaan.

Ook politici waarschuwen, zij het dat de meesten een verbod van de sekte op praktische gronden afwijzen. De minister van Justitie, Sabine Leutheuser, bijvoorbeeld vindt het bijvoorbeeld veel belangrijker om potentiële slachtoffers te voorzien van 'zakelijke informatie en inlichtingen'.

Haar collega van Sociale Zaken, Norbert Blüm, meent eveneens dat een verbod van deze „criminele organisatie die voor niets terugschrikt” slechts martelaren oplevert.

„Men moet de organisatie bij haar ondoorzichtige zaken

dwarszitten”, zegt hij. „Tegen de ideologie van 'Zaken, zaken, zaken', helpt maar één strategie: 'Informatie, infor-



Wijlen L. Ron Hubbard
...tegenstanders neersabelen...

matie, informatie'.” Blüm zelf trok vorig jaar de licentie in van een arbeidsbemiddelaar te Neurenberg toen bleek dat deze de scientologische beginselen van stichter L. Ron Hubbard was toegedaan.

Duitsland is een belangrijk land voor de scientologen die hun hoofdkwartier in de Verenigde Staten hebben. Naar schatting een derde van de miljarden die Scientology wereldwijd incasseert, komt daar vandaan.

Dat gaat zo: Hubbards volgelingen richten ondernemingen op, vaak snel achtereen, tot een onontwarbare kluwen, bij voorkeur op het gebied van bedrijfsadviezen, onroerend

goed en (steeds vaker) software. Die ondernemingen sluiten een licentieverdrag met 'WISE', het 'World Institute of Scientology Enterprises' aan welke instelling 15 procent van de omzet wordt afgedragen.

In Hamburg, hoofdkwartier van Scientology Duitsland, is de sekte al betrokken bij rond de helft van de omzettingen van huur- in koopwoningen.

Makelaars van de sekte kopen oudere huizen, vaak in slechte toestand, die door meerdere huurders worden bewoond. Ze betalen de eigenaar een klein deel van de koopprijs en bepalen een datum waarop de rest wordt betaald, een half tot een heel jaar later. De huurders krijgen dan de gelegenheid hun huis tegen een woekerprijs te kopen.

Terreur

Willen ze of kunnen ze dat niet, dan wordt hen het leven met psychische terreur en intimidatie systematisch zuur gemaakt tot ze verdwijnen. De woningen, die leeg tot 40 procent meer opleveren dan bewoond, worden daarna te koop aangeboden. Lukken die verkopen niet, dan betaalt de sektemakelaar het restant van de koopsom niet en verdwijnt.

Omdat Scientology in Hamburg intussen zoveel negatieve aandacht trekt dat de zaken teruglopen, heeft ze haar heilloze praktijken nu tot andere steden uitgebreid.

Daarnaast poogt de sekte via personeels- en managementadviesbureaus en softwarebedrijven sleutelposities in het bedrijfsleven te bezetten en gegevens te verzamelen waarmee zij ondernemingen in haar macht kan krijgen. Het doel is die ondernemingen simpelweg te laten leegbloeden: zoveel mogelijk geld eruit halen en verdwijnen.

Heilsleer

De heilsleer van L. Ron Hubbard, die in 1986 overleed, voorziet onder andere in het genadeloos neersabelen van tegenstanders. Getrouw deze aanwijzingen startte Scientology vorig jaar, toen de druk begon toe te nemen, een kostbare anti-Duitsland campagne in de Verenigde Staten.

...bou van de sekte op praktische gronden afwijzen. De minister van Justitie, Sabine Leutheuser, bijvoorbeeld vindt het bijvoorbeeld veel belangrijker om potentiële slachtoffers te voorzien van 'zakelijke informatie en inlichtingen'.

Haar collega van Sociale Zaken, Norbert Blüm, meent eveneens dat een verbod van deze „criminele organisatie die voor niets terugschrikt” slechts martelaren oplevert.

„Men moet de organisatie bij haar ondoorzichtige zaken

ginselen van stichter L. Ron Hubbard was toegedaan.

Duitsland is een belangrijk land voor de scientologen die hun hoofdkwartier in de Verenigde Staten hebben. Naar schatting een derde van de miljarden die Scientology wereldwijd incasseert, komt daar vandaan.

Dat gaat zo: Hubbards volgelingen richten ondernemingen op, vaak snel achtereen, tot een onontwarbare kluwen, bij voorkeur op het gebied van bedrijfsadviezen, onroerend

met psychische terreur en intimidatie systematisch zuur gemaakt tot ze verdwijnen. De woningen, die leeg tot 40 procent meer opleveren dan bewoond, worden daarna te koop aangeboden. Lukken die verkopen niet, dan betaalt de sektemakelaar het restant van de koopsom niet en verdwijnt.

Omdat Scientology in Hamburg intussen zoveel negatieve aandacht trekt dat de zaken teruglopen, heeft ze haar heilloze praktijken nu tot andere steden uitgebreid.

Daarnaast poogt de sekte via personeels- en managementadviesbureaus en softwarebedrijven sleutelposities in het bedrijfsleven te bezetten en gegevens te verzamelen waarmee zij ondernemingen in haar macht kan krijgen. Het doel is die ondernemingen simpelweg te laten leegbloeden: zoveel mogelijk geld eruit halen en verdwijnen.

Heilsleer

De heilsleer van L. Ron Hubbard, die in 1986 overleed, voorziet onder andere in het genadeloos neersabelen van tegenstanders. Getrouw deze aanwijzingen startte Scientology vorig jaar, toen de druk begon toe te nemen, een kostbare anti-Duitsland campagne in de Verenigde Staten.

Toen de wereld nog geschokt reageerde op de talrijke brandstichtingen tegen eigendommen van buitenlanders in Duitsland, sprong Scientology behendig op de bagagedrager: met paginagrote advertenties in Amerikaanse kranten wreef men de Duitsers een nieuwe geloofs- en rassenvolging aan van minderheden.

„Aan de leden van onze gemeente worden grondrechten geweigerd. Dat kan alleen vergeleken worden met wat ooit de joden werd aangedaan”, aldus een van de weinig subtiele teksten, die geïllustreerd werden met onder meer foto's van gevangenen in concentratiekampen.

Ref. D.
10/4/91

Scientology brengt Duitse politici in verband met moord

Van onze kerkredactie

AMSTERDAM - De Duitse politiek heeft de aanval geopend op Scientology omdat enkele scientologen Duitse regeringsleiders en politici in verband brachten met moorden die zijn uitgevoerd door psychiaters die indertijd onder Hitler werkten. De scientologen publiceerden recent daarover een boek.

Dat zegt Julia Rijnvis, woordvoester bij de Scientology Kerk Amsterdam. Zij reageert daarmee op het besluit van de Duitse liberale partij FDP om geen leden van de Scientology Church meer tot de partij toe te laten. FDP-leden die tot de Scientology behoren, moeten kiezen tussen opzegging van het partijlidmaatschap of stopzetting van alle Scientology-activiteiten.

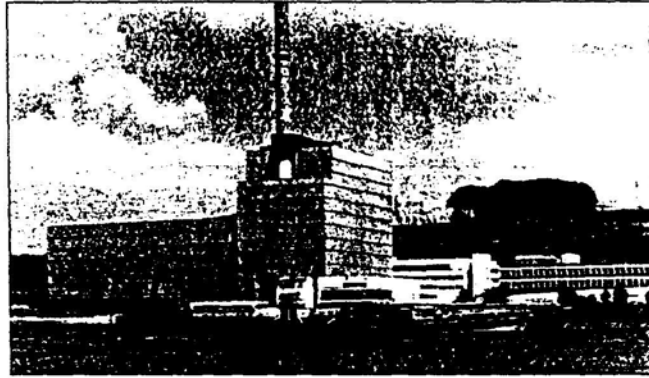
„Het blijkt dat nog steeds een flink aantal hooggeplaatste mensen in Duitsland ongestraft met dit verleden rondloopt. Niet vreemd dus dat vanuit die hoek nu op ons wordt geschoten”, aldus Rijnvis.

De persvoorlichtster wees verder nog op het rapport van de Commissie Mensenrechten van de Verenigde Naties, waarin de intolerante houding ten opzichte van minderheden in Duitsland ten strengste wordt veroordeeld. De aanval op Scientology ziet zij ook in dat licht.

Leukämie

Krümmel-Studien wertlos

Bei der Suche nach den Ursachen für die Leukämie-Häufung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Krümmel ist offenbar geschlampt worden. Experten halten zwei Chromosomen-Studien, die knapp eine Million Mark kosteten, für wertlos. Mit großem Aufwand hatten Wissenschaftler in den vergangenen Jahren Dutzenden von Krümmel-Anwohnern Blut abgenommen und nach möglicherweise durch radioaktive Strahlung deformierten sogenannten dizentrischen Chromosomen (Fachausdruck: Dics) gesucht. Ein Labor in Berlin, das einem Institut des ehemaligen Bundesgesundheitsamtes untersteht, arbeitete jedoch so unsauber, daß die dort ermittelten Ergebnisse „nicht verwertbar sind“, stellte die von den Landesregierungen Schleswig-Holstein und Niedersachsen eingesetzte Ex-



Kernkraftwerk Krümmel

pertenkommission vergangene Woche fest. Die Wissenschaftler in dem einstmals zur DDR-Atomüberwachung gehörenden Labor hatten die Dics nur unzureichend erkannt und Daten nachträglich korrigiert. In dem bislang geheimgehaltenen Beschluß äußerte die Expertenkommission daher „erhebliche Bedenken hinsichtlich der Aussagekraft der Chromosomen-Studien“. Wenn die Ergebnisse des Berliner Labors aus den Untersuchungen herausgerech-

net würden, hätten diese praktisch keine Aussagekraft mehr – es blieben zu wenige Fälle.

Scientologen

Sekte wird überwacht

Die Scientology-Sekte soll künftig durch den Verfassungsschutz beobachtet werden. Einen entsprechenden Antrag wird der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD)

der Innenministerkonferenz (IMK) vorlegen, die an diesem Montag in Bonn tagt. Nach einem IMK-Beschluß vom Mai vergangenen Jahres handelt es sich bei der Sekte um eine Organisation, „die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft Elemente der Wirtschaftskriminalität und des Psychoterrorismus gegenüber ihren Mitgliedern mit wirtschaftlichen Betätigungen und sektiererischen Einschlägen vereint“. Damals reichten die Innenminister den Schwerpunkt der Scientology-Aktivitäten im „Bereich der Wirtschaftskriminalität“ ein und übertrugen die „staatlichen Abwehrmaßnahmen“ zunächst der Polizei. Nach einer internen Studie des federführenden Innenministers Schnoor kann die Polizei dem Auftrag mit ihren gesetzlich beschränkten Mitteln jedoch nicht gerecht werden. Inzwischen sind sich Bonn und Düsseldorf über die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Scientologen einig.

Abhörskandal

Systematisch belauscht

Der Kieler Telefon-Abhörskandal hat weit größere Ausmaße als bisher bekannt war. Mindestens zwei Monate lang wurden schleswig-holsteinische Sozialdemokraten systematisch belauscht.

Illegale Mitschnitte gibt es von mindestens zehn Gesprächen, die zwischen Mitte Dezember 1994 und dem 18. oder 19. Februar 1995 aufgenommen worden sind.

Norddeutsche Christdemokraten, wie der von Kiel nach Schwerin gewechselte ehemalige Staatssekretär im mecklenburgischen Innenministerium Volker Pollehn, waren im Januar über abgehörte Telefonate informiert worden. Angeblich hatte man in der schleswig-holsteinischen CDU-Opposition erwogen, die Gespräche zu veröffentlichen.

Der Obmann der CDU im Kieler „Schubladen“-

Untersuchungsausschuß, Thorsten Geißler, erklärte vorigen Freitag gegenüber dem SPIEGEL, es seien „seit Wochen hier im Landeshaus Gerüchte gelaufen“, daß Telefone abgehört worden seien. Mit auffälliger Hartnäckigkeit hatte Geißler am 23. Januar

im Ausschuß den Zeugen Reiner Pfeiffer befragt, ob er seine Aussage vorher mit jemandem besprochen habe, etwa mit dem früheren SPD-Pressereferenten Klaus Nilius. Pfeiffer: „Um Himmels willen! Wie kommen Sie denn darauf?“ Geißler setzte nach: „Haben Sie sich mit irgend jemand anderem beraten? Einem Rechtsanwalt?“ Pfeiffer verneinte. Der Dialog erschien damals ziemlich unvermittelt.

Die Frage, ob Pfeiffer einen Anwalt habe, mit dem man eine Verfahrensfrage besprechen könne, war intensiv in einer Unterhaltung zwischen der Sozialdemokratin Ruth Springer, Mitglied im Untersuchungsausschuß, und Nilius am 8. Januar erörtert worden. Geißler bestritt gegenüber dem SPIEGEL energisch, von dem „Inhalt Kenntnis gehabt“ zu haben, wie er jetzt in der Berliner Illustrierten *Tango* wiedergegeben worden ist. Sein Bohren nach anwaltlicher Beratung sei Methode. „Danach werden wichtige Zeugen immer gefragt.“ Die abgehörte Sozialdemokratin, die mit Nilius über den bevorstehenden Auftritt des Zeugen Pfeiffer gesprochen hatte, legte inzwischen ihr Mandat im Untersuchungsausschuß nieder. Ebenso wie Nilius erstattete sie Strafanzeige gegen Unbekannt. Staatsanwaltschaften in Hamburg und Berlin ermitteln.



Nilius



Geißler